

Wien Energie GmbH | PA | 1030 Wien | Postfach 500

E Control
A - 1010 Wien, Rudolfsplatz 13a
Tel: +43-1-24724
Fax: +43-1-24724-900
E-Mail: marktregeln@e-control.at
Website: www.e-control.at

Ergeht per Mail an marktregeln@e-control.at

Public Affairs

Kontakt: Mag. Lisa Rusch.
Telefon: +43 (0)1 4004-31607
Mobil: +43 (0) 664 6291487
Lisa.rusch@wienenergie.at
Datum: 23.03.2018

**Stellungnahme der Wien Energie GmbH zum Entwurf zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 –
Novelle 2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wien Energie GmbH bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zur Novelle 2018 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012. Anbei übermitteln wir unsere Positionen.

Punkt 15.-Anlage 2 Z 2

Der in Punkt 15 ergänzte Satz: „Der Brennwert von Biogaseinspeisungen hat dem jeweils aktuell verordneten Verrechnungsbrennwert zu entsprechen und darf in einem Zeitraum von einem Monat durchschnittlich in einem Bereich von +/- 2 Prozent abweichen.“ wird strikt abgelehnt. Es ist nicht möglich, dass Biomethan mit wesentlich mehr als einem Brennwert von 10,7 kWh/Nm³ produziert wird; es ist beim derzeitigen Verrechnungsbrennwert von 11,3 kWh/Nm³ jedenfalls nicht möglich, die in Punkt 15 geforderte Bandbreite von +/- 2% zu erreichen.

Dies gilt auch für die Biogasaufbereitungsanlage in Wien. Die Biogasaufbereitungsanlage Pfaffenau speist einen Brennwert von 10,7 kWh/Nm³ ein, was die Basis für die Genehmigung und die technische Ausführung war.

Die unmittelbare Umsetzung hätte somit zur Folge, dass ab 1. Mai 2018 keine vernünftige, grüne Biomethaneinspeisung mehr erfolgen kann. Dies widerspricht eindeutig den Österreichischen Klima- und Energiezielen.

Eine Erhöhung des Brennwertes ist bei Biomethan nicht möglich und kann nur durch zusätzliche Einspeisung von fossilem Propan erreicht werden. Es ist daher zu überlegen, ob diese Lösung überhaupt im Sinne der Klimaziele sinnvoll ist und umgesetzt werden soll.

Jedenfalls ist eine solche Zusatzbestimmung, über deren Sinnhaftigkeit grundsätzlich zu diskutieren ist, nur mit ausreichendem Vorlauf einzuführen. Da eine Propanzumischung einer behördlichen Genehmigung unterliegt und daher für die Planung, Genehmigung, Errichtung und Inbetriebnahme ein Zeitraum von 2 Jahren vorzusehen ist, ist eine Umsetzung bis 1. Mai 2018 unmöglich.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Lisa Rusch,

Senior Expert Public Affairs